

Kein Geschäft mit dem Tod

Volksinitiative im ersten Schritt erfolgreich

Der Hamburger Hafen ist ein Umschlagsort für Kriegsgerät und Munition in alle Welt. Tausende Container mit Panzerteilen, Kriegsschiffe, Maschinen- und Sturmgewehre gehen über den Hamburger Hafen nach Mexiko, Brasilien, Kolumbien,

ler und Koch nach Mexiko. Am 20.3.2021 wurde das Urteil über drei Millionen Euro Strafzahlung und Haftstrafen aus dem Februar 2019 gegen zwei frühere Angestellte der Sturmgewehrfabrik Heckler und Koch bestätigt. 4200 Sturmgewehre wurden

Frankreich (7 Prozent) und noch vor China (5 Prozent). Der militärisch-industrielle Komplex mit dem Rüstungsriesen Rheinmetall, einer der größten europäischen Rüstungskonzerne mit Munitionsfabriken auf Sardinien und in Südafrika, dem Krauss-Maffai Wegmann Konzern sowie den Lürssen Werften, zu denen auch Blohm und Voss gehört, machen horrende Profite mit dem Geschäft mit dem Tod. Die Kehrseite dieser Kriegsgeschäfte ist die Flucht von Menschen vor der Kriegsgewalt. Vergeblich suchen sie in Europa und – wie wir wissen – auch in Deutschland Schutz.



Mit deiner Spende für einen zivilen Hafen und ein weltoffenes Hamburg.

Wir starten eine Volksinitiative, um die Rüstungsexporte über den Hamburger Hafen zu stoppen. Für dieses Vorhaben brauchen wir Eure Unterstützung!

Unterstützt uns mit einer Spende und/oder macht bei uns mit
Spendenkonto:
 Ziviler Hafen
 GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS
 IBAN: DE37 4306 0967 2030 4204 48
 Stichwort: Straße/PLZ
Es können Spendenquittungen ausgestellt werden. Diese werden euch zugestellt, wenn ihr eure Adresse bei der Überweisung mit angebt.

Wie läuft das?

Die exportierenden Firmen beantragen bei der Bundesregierung eine Ausfuhrgenehmigung. Wird diese Genehmigung gewährt, verpacken die Firmen die Waffen und Munition in die Containerkästen, die zum Hamburger Hafen transportiert werden und von dort verschifft werden. Gefahrgüter wie Sprengstoffe, Munition, aber auch radioaktive Stoffe und leicht entzündliche Chemikalien müssen gegenüber den Hafenbehörden und den Spediteuren als solche deutlich sichtbar an den Containern kenntlich gemacht und in den Frachtpapieren deklariert werden. Allerdings: Waffen, die zunächst während des Transportes keine Gefahr für Spediteure und Hafendarbeiter darstellen, müssen an den Containern und in den Frachtpapieren nicht kenntlich gemacht werden. Die Gewehre, Kanonen und Panzer könnten auch zur Tarnung als Landmaschinen deklariert werden. Diese Container, bela-

Saudi-Arabien und in die Türkei. In diesen Ländern werden die Menschenrechte mit Füßen getreten. In einigen kriegerischen Konflikten kommen diese Waffen direkt zum Einsatz: im Jemen, in Syrien und dem Irak. Über den Hamburger Hafen wurden im Jahr 2019 Kleinwaffen, Pistolen, Gewehre, Maschinenpistolen und leichte Maschinengewehre im Wert von 11,5 Mio. Euro verschifft. Trotz Corona wurden im ersten Quartal 2020 Panzerkraftwagen und Kriegsschiffe im Wert von 200 Mio. Euro über den Hamburger Hafen ausgeliefert.

zwischen 2006 und 2009 in vier mexikanischen Bundesstaaten exportiert, da eine Ausfuhrgenehmigung der Bundesregierung erschlichen worden war. Diese Sturmgewehre wurden anschließend bei einem brutalen, unverhältnismäßigen Einsatz der mexikanischen Polizei gegen 40 protestierende Studierende genutzt. Deren Verschwinden und vermutlichen Tötung wurde bis heute noch nicht restlos aufgeklärt. So etwas muss zukünftig durch ein Verbot von Rüstungsexporten verhindert werden!

Bei den Waffen- und Munitionsexporten gehört Deutschland mit rund 6 Prozent zu den größten Waffenexporteuren der Welt nach den USA (36 Prozent), Russland (21 Prozent),

den mit Waffensystemen oder auch nur mit Waffenteilen, sind schwieriger für die Spediteure, Hafenbehörden und -arbeiter zu identifizieren als die Container mit Gefahrgütern wie Munition. Rund 1000 solcher Container mit Waffen oder Sprengstoffen werden jährlich im Hamburger Hafen umgeschlagen. In anderen europäischen Häfen wie in Genua setzen Hafenarbeiter ein mutiges Signal, indem sie die die Abfertigung von Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien für den Jemenkrieg erfolgreich verhindern.

Volksini erfolgreich

Die Initiative gegen Rüstungsexporte über den Hamburger Hafen fordert, dass der Umschlag von Rüstungsgütern gestoppt wird und die Rüstungsindustrie auf zivile, soziale und ökologisch sinnvolle Produktion umgestellt wird. Um das Ziel des Rüstungsexportstopps zu erreichen, hat die Volksinitiative gegen den Transport und Umschlag von Rüstungsgütern über den Hamburger Hafen den ersten Schritt, das Sammeln von 10 000 Unterschriften innerhalb von sechs Monaten für einen Volksentscheid, jetzt auf den Weg gebracht. Der Text für die Unterschriftensammlung lautet: „Senat und Bürgerschaft schaffen innerhalb eines Jahres die Rechtsgrundlagen, die den Transport und Umschlag von Rüstungsgütern über den Hamburger Hafen verbieten und unternehmen alle notwendigen und zulässigen Schritte, um dieses Verbot unverzüglich umzusetzen.“ Da bei einem erfolgreichen Volksentscheid einige Gesetze und Verwaltungsvorschriften von Senat und Bürgerschaft erlassen werden müssen, bedarf es einer späteren Präzisierung von Gesetzesentwürfen und von Erlassen zur Kontrolle von Ausfuhr von Rüstungsgütern.

In Hamburg ermöglicht das dreistufige Verfahren des Volks-

entscheides der Hamburger Wahlbevölkerung, Einfluss auf das Gesetzgebungsverfahren der Bürgerschaft und die Politik des Senats zu nehmen. In der ersten Stufe müssen 10 000 Unterschriften in 6 Monaten gesammelt werden. Bei erfolgreichem Abschluss der ersten Stufe und der amtlichen Kontrolle der Unterschriftenlisten durch den Hamburgischen Landeswahlleiter muss sich die Bürgerschaft und der Senat zu dieser Volksinitiative verhalten. Lehnen Bürgerschaft und Senat das Anliegen der Volksinitiative gegen Rüstungsexporte ab, wird in der 2. Phase das Volksbegehren ausgelöst, in dem ca. 67 000 Unterschriften, fünf Prozent der Hamburger Wahlbevölkerung, innerhalb von drei Wochen gesammelt werden müssen – ein ehrgeiziges Unternehmen. Gelingt dies, kommt es in der dritten Phase zum Volksentscheid, bei dem alle wahlberechtigten Hamburger über das Anliegen der Volksinitiative gegen Rüstungsexporte über den Hamburger Hafen abstimmen können. Von den abgegebenen Stimmen müssen mehr als 50 Prozent für das Volksbegehren des Rüstungsexportstopps gestimmt haben, damit es erfolgreich ist. Dann sind die Hamburger Bür-

gerschaft und der Senat gezwungen, für ein Verbot des Rüstungsexportes über den Hamburger Hafen aktiv zu werden.

Getragen wird diese Volksinitiative gegen Rüstungsexporte von rund 20 Hamburger Friedensinitiativen (IPPNW, DFG/VK, Hamburger Forum, Flüchtlingsrat Hamburg, Fridays for Future etc.) und von verschiedenen gewerkschaftlichen, kirchlichen und hochschulpolitischen Gruppen. Die GEW Hamburg und der Arbeitskreis Frieden von ver.di sind mit dabei und werden diese Volksinitiative durch Unterschriftensammeln und Geldspenden unterstützen. Der Arbeitskreis für Demokratie und Frieden des DGB befindet sich noch im Prozess der Meinungsbildung darüber, ob er sich dieser Volksinitiative anschließt.

Wer mitmachen will, Unterschriften sammeln oder spenden will, erfährt mehr über Aktuelles und weitere Veranstaltungshinweise unter: <https://ziviler-hafen.de>.

Für einen zivilen Hafen und ein weltoffenes Hamburg, das als Friedensstadt mit allen Erdteilen und Völkern der Welt in Freundschaft verbunden ist.

WILLI BARTELS

Mitglied im Friedensausschuss
der GEW

PATENTE SIND TEUER. UND DAFÜR UNGERECHT.

Für die Aufhebung des Patentschutzes auf alle unentbehrlichen Medikamente. Medizin für Alle!

www.medico.de



medico international



ANZEIGE